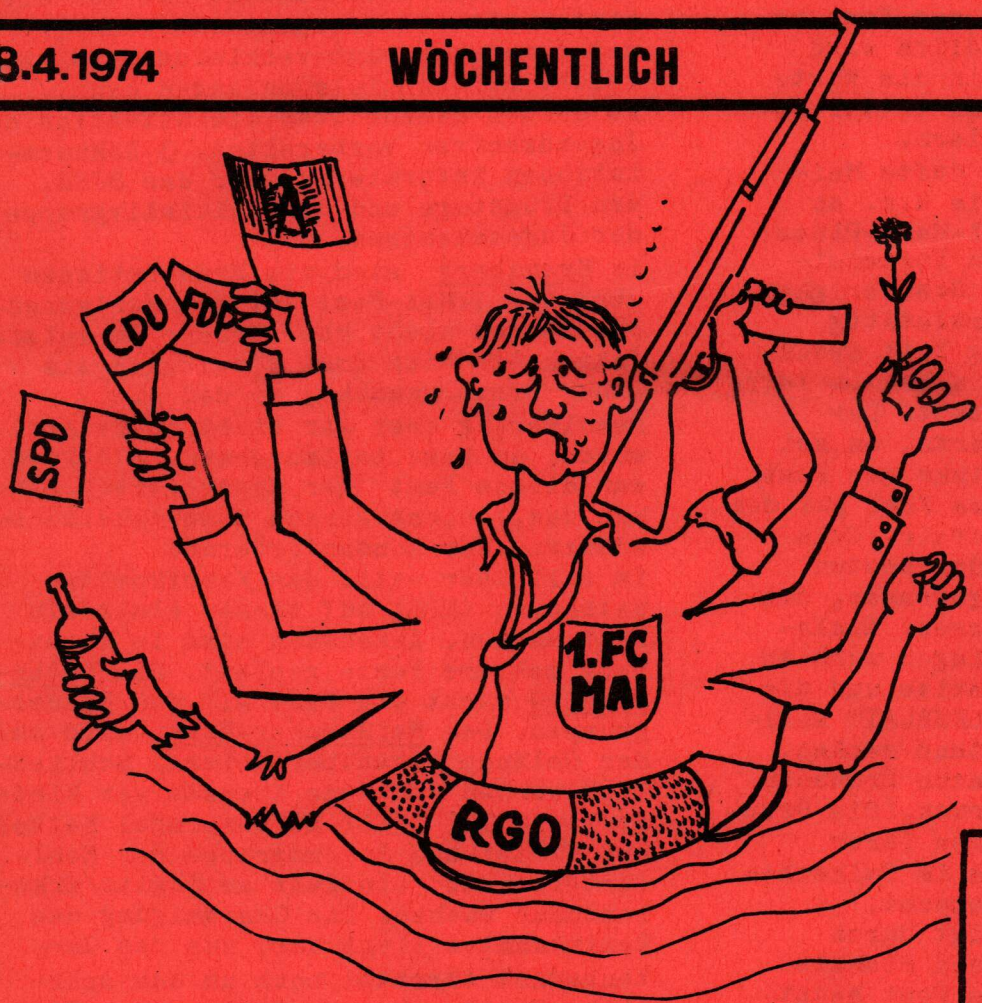
fehlen: Nr. 2, 6.

451

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 8

28.4.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50



MEN SCH MAI ER

INHALT

1.Mai	S. 2	Emanzi-Treff	S.10
§ 218	S. 4	Mittwochsplenum	S.11
Jugendzentren	S. 5	Putte	S.13
Mieterkampf	S. 6	Leserbrief	S.15
Kritik am Ka Be We	S. 8	Termine	S.16

INFO BUG
1 Bln 21
Stephanstr.60
(im SZ)
Tel.:395 80 83
Bürozeiten:
freitags 18-20 Uhr
Redaktion:
sonntags ab 18 Uhr
Mittwochsplenum:
19.30 pünktlich !

Am Do., den 25.4.74 um 19 Uhr trafen sich im Drugstore endlich Delegierte derjenigen Gruppen, die am 1.Mai Feste machen wollen. Das eigentlich schon zu einem früheren Zeitpunkt angesetzte Treffen hatte verschoben werden müssen, weil an jenem Abend die Putte-Demonstration stattfand. Außer den Gruppenvertretern waren einige Individuen anwesend, die die Festvorbereitungen unterstützen wollten.

Zunächst berichteten Vertreter der Richardplatzgruppe über das Fest in Neukölln (Vgl. INFO 7,S.2) Das Neuköllner Bezirksamt hat nur einen sandigen Bolzplatz für das Fest genehmigt. Selbstverständlich wird man sich nicht derart in die Wüste schicken lassen, sondern in der umgebenden Grünanlage feiern.

Die Gruppen haben eine dufte Mai-Zeitung gemacht, die sie u.a. an Ständen verteilen.(Karl-Marx-Platz; Karl-Marx-Str.) Bei den Vorbereitungen gab es insofern Schwierigkeiten, weil fast Alle berufstätig sind und tagsüber wenig Zeit haben.

In Spandau fand auch schon im letzten Jahr ein Maifest statt. Der Spandauer Genosse erklärte, es sei gut gewesen, daß die Linke das Fest nicht beachtet habe. Das Fest auf dem Spielplatz Falkenhagenerstr./Ecke Askanierring wird von den Resten von Spandauer Gruppen getragen, die alle nicht mehr existieren. Einladungen zur Teilnahme gingen auch an die JUSOs, Bürgerinitiative und die FDJW. Das SPANDAUER VOLKSBLATT wollte auch zuerst einen Stand machen, zog aber seine Zusage nach Erkundungen beim Bezirksamt zurück.(Die Gruppen haben sich wohl wegen ihrer Aktivitäten im Clubhaus im Falkenhagener Feld unbeliebt gemacht.)

Das Fest wird angekündigt durch Flugblätter,Aufkleber und Plakate. Im letzten Jahr war das Fest hauptsächlich ein Kinderfest. Das wird diesmal anders.Man hat auch an die Bedürfnisse von Jugendlichen und Erwachsenen gedacht. Tische und Stühle wurden besorgt. Es gibt Kaffee und Kuchen, Bier und Wein. Es darf auch getanzt werden. Abends wird ein Lehrlingstheater von der Berufsschule Zitadelle spielen. Die Mieterinitiative wird über neue Mittelstufenzentren informieren. Bislang hat das Bezirksamt die Genehmigung des beantragten Platzes verweigert. Es wird trotzdem gefeiert! Die Jugendzeitung "Voll Drauf" gibt eine Sondernummer heraus.

Das Fest in Schöneberg wird vom SJSZ und dem Drugstore vorbereitet. Es findet in der Belziger Str.4-6 statt. Ab 14 uhr gibt es ein Kinderfest und abends zwei Feten - im SJSZ und im Drugstore. Auf dem planierten Gelände der gegen den Widerstand des SJSZ vom Bezirksamt abgerissenen Kinderbaracke(INFO 5,S.2) ist eine große Festfläche vorhanden. Die kahlen Häuserwände ringsum können mit dem Inhalt von 2o Eimern Farbe bemalt werden. Trebebambule hat für die Kinder alte Kleidungsstücke besorgt, mit denen man sich verkleiden und vielleicht Rollenspiele anfangen kann. Es werden Stände über die Situation der Jugendzentren vorbereitet. 3 Dokumentationen informieren über das SJSZ, den Drugstore und die Initiativgruppe der Jugendzentren.

In Kreuzberg sind die Frustrationen über das 1.Mai-Fest auf dem Mariannenplatz noch nicht überwunden. Im letzten Jahr hatte sich dort vorwiegend die Linke breit gemacht, so daß die Bevölkerung erst gar nicht motiviert wurde, am Fest teilzunehmen. Außerdem war dieses Fest der Superlative(Zirkus usw.) nicht gerade kommunikations- sondern eher konsumfördernd.

Es soll aber evtl. das Kampfkomitee Bethanien (KPD) auf diesem Platz ein Fest machen. Ansonsten sind in Kreuzberg mehrere Feste geplant. Die Bethanien AG macht ein Fest mit den Kindergruppen. Das Weißbecker-Haus wird auf dem Gelände gegenüber feiern. Schließlich werden NKK(Neue Kreuzberger Kindergruppe), TEK (Till Eulenspiegel Kette) und Mieter-und Jugendgruppe der Kohlfurterstraße ein Fest am Segitz/Erkelenzdamm machen. Die Genehmigung des Bezirksamtes liegt vor, nur das Gartenbauamt fürchtet noch um das spärliche Buschwerk. Es fehlen noch Tische und Stühle. Außer den üblichen Kinderbelustigungen wird das Charlottenburger Volkstheater präsentiert. Ein Sanierungsstück über Charlottenburg wird auf Kreuzberger Verhältnisse getrimmt.

Aus Moabit wurde berichtet, daß das diesjährige Fest von 4 Gruppen getragen und im Carl v. Ossietzky-Park stattfinden wird. Es gibt Informationsstände, Kleidertausch, Rollen-

spiele, 2 Beatbands.

Der eigentliche Sinn dieses Treffens am vergangenen Donnerstag sollte ausser in dem Informationsaustausch und in dem sich Kennenlernen darin liegen, daß die Gruppen verschiedene Sachen, die sich gemeinsam besser machen lassen, koordinieren und dabei von denen , die noch in keiner Gruppe mitarbeiten, unterstützt werden. Am wichtigsten erschien uns zu sein, daß auf allen Festen mit Stelltafeln über die Situation der Jugendzentren informiert wird. Wir stellten fest, daß 5 Stellwände benötigt werden und vereinbarten mit den nichtorganisierten Genossinnen und Genossen, daß sie die Herstellung übernehmen und sich das Material von den Jugendzentren besorgen. Am Sonntagabend waren die Stelltafeln fertig. Außerdem wurden noch einige Anregungen für Kinderspiele gegeben und ein zentraler Maiseinkauf für Popcorn organisiert. Nach den Festen wird das INFO BUG eine Liste der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten veröffentlichen. Wir werden zu dem Zweck die bisherigen Erfahrungen zusammentragen, um uns unnötige Wege und Schwierigkeiten zu ersparen. Gemeinsam sind wir nicht nur stark sondern kriegens auch billiger.

MAI-SPLITTER, die evtl. in's Auge gehen

Erklärungen zum 1. Mai

Der Berliner DGB-Landesbezirksvorsitzende und Abgeordnetenhauspräsident Sickert hat gestern „die Kommunisten und ihre Helfershelfer bis hin zu den linksextremen Chaoten" vor einer Störung der Gewerkschaftsdemonstration zum 1. Mai gewarnt. Eine Störung der Demonstration und der anschließenden Kundgebung, so betonte Sickert, treffe auf den entschiedenen Widerstand der organisierten Arbeitnehmerverbände Berlins. Der Zug führt um 10 Uhr 45 vom Fehrbelliner Platz zum Wittenbergplatz. Arbeitssenator Liehr warf den Extremisten vor, unter dem Vorwand, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, stifteten die radikalen Gruppen Unruhe und versuchten, „die arbeitende Bevölkerung unter der Losung Systemveränderung auf einen gefährlichen Weg zu locken".

Die Junge Union, die CDU-Sozialausschüsse und die Schülerunion, die sich in einem eigenen Block an der Gewerkschaftsdemonstration beteiligen, erklärten gestern, ein Teil der DGB-Losungen zum 1. Mai treffe auf ihren entschiedenen Widerstand. Dazu gehörten unter anderem die Forderungen nach Preiskontrolle, nach einem Streikrecht für Beamte und auch die Fristenlösung.

Der FDP-Landesvorsitzende Lüder hat gestern die FDP-Mitglieder aufgerufen, sich an der Maidemonstration der Gewerkschaften zu beteiligen. Damit sollte dokumentiert werden, daß die gewerkschaftlichen Forderungen nach sozialem Fortschritt und Chancengleichheit unterstützt würden.

Auf Einladung des SEW-Parteivorstandes ist eine Delegation der sowjetischen KP unter Leitung des Zentralkomitee-Mitgliedes Jermin in Berlin eingetroffen, um an der SEW-Maidemonstration in Neukölln und Kreuzberg teilzunehmen.

Erbsensuppe und Freibier am 1. Mai

Volksfest-Tag soll für die Wilmersdorfer nach Vorstellungen der SPD der 1. Mai sein. Auf den Hochmeisterplatz jedenfalls lädt die Partei von 14 Uhr 30 an die Bevölkerung zu Blasmusik, Kinderspielen, Freibier und Erbsensuppe ein. Als Gesprächspartner sind unter anderem der Regierende Bürgermeister Schütz sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Dr. Wolfgang Haus, angekündigt. (Tsp)

Tsp. 27.4.74

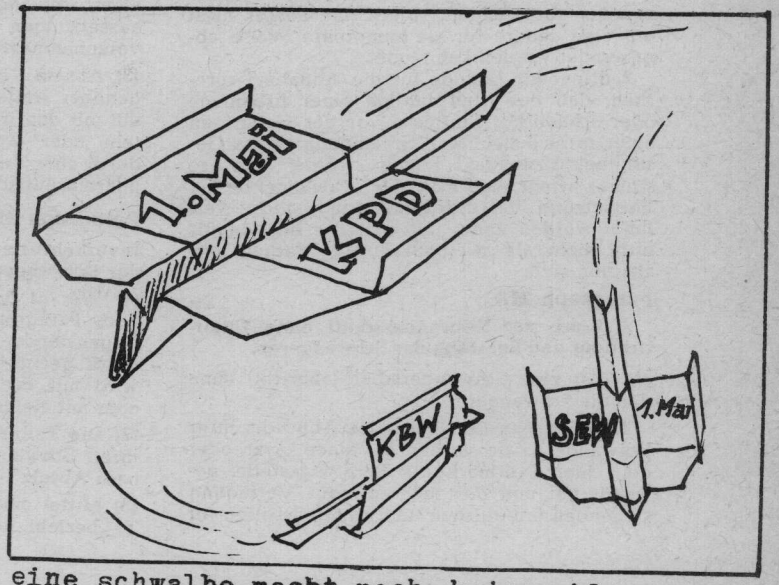
Maiaufruf der Berliner FDP

Tsp. **Berlin.** Der Berliner FDP-Vorsitzende Lüder hat gestern die FDP-Mitglieder und die Öffentlichkeit aufgerufen, sich an der Mai-Demonstration der Gewerkschaften zu beteiligen. In der Erklärung heißt es, die FDP begrüße es, daß sich DGB und DAG endlich wieder zu einer Mai-Demonstration unter freiem Himmel entschlossen hatten.

Die CDU-Sozialausschüsse Berlin haben gestern ihre Mitglieder aufgerufen, am 1. Mai im Zug der Gewerkschaften gemeinsam mit dem Block der Jungen Union zur Kundgebung auf dem Wittenbergplatz zu ziehen. Damit stelle die CDU klar, daß der soziale und wirtschaftliche Fortschritt ohne den geleisteten Beitrag der Gewerkschaften undenkbar gewesen wäre.

Wieder Militärparade zum 1. Mai in Ost-Berlin

Tsp. **Berlin** Die DDR wird den 1. Mai wieder mit einer Militärparade in Ost-Berlin begehen. Wie aus dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" vom Donnerstag hervorgeht, werden die Einheiten der DDR-Armee eine „Kampfdemonstration" anführen, die um 9 Uhr in der Karl-Marx-Allee beginnt. Im vergangenen Jahr war die DDR das einzige Ostblockland gewesen, in dem am 1. Mai eine Militärparade stattgefunden hatte.



eine schwalbe macht noch keinen klassenkampf

Aus dem Wortlaut des vom Bundestag angenommenen Fristenmodells

Bonn (dpa). **Die wichtigsten Passagen des vom Bundestag am Freitag gebilligten Fristenmodells der SPD/FDP-Mehrheit haben folgenden Wortlaut:**

Änderung des Strafgesetzbuches Paragraph 218

Abbruch der Schwangerschaft

(1) Wer eine Schwangerschaft später als am dreizehnten Tage nach der Empfängnis abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Die Strafe ist Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, wenn der Täter

1. gegen den Willen der Schwangeren handelt oder

2. leichtfertig die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung der Schwangeren verursacht.

Das Gericht kann Führungsaufsicht anordnen (Paragraph 68 Absatz Eins Nr. Zwei).

(3) Begeht die Schwangere die Tat, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

(4) Der Versuch ist strafbar. Die Frau wird nicht wegen Versuchs bestraft.

Paragraph 218 a

Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten zwölf Wochen.

Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist nicht nach Paragraph 218 strafbar, wenn seit der Empfängnis nicht mehr als zwölf Wochen verstrichen sind.

Paragraph 218 b

Indikation zum Schwangerschaftsabbruch nach zwölf Wochen.

Der mit Einwilligung der Schwangeren von einem Arzt nach Ablauf von zwölf Wochen seit der Empfängnis vorgenommene Schwangerschaftsabbruch ist nicht nach Paragraph 218 strafbar, wenn nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft

1. der Schwangerschaftsabbruch angezeigt ist, um von der Schwangeren eine Gefahr für ihr Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihres Gesundheitszustandes abzuwenden, sofern die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann, oder

2. dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind infolge einer Erbanlage oder schädlicher Einflüsse vor der Geburt an einer nicht behebbaren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann, und seit der Empfängnis nicht mehr als zweiundzwanzig Wochen verstrichen sind.

Paragraph 218 c

Abbruch der Schwangerschaft ohne Unterrichtung und Beratung der Schwangeren.

(1) Wer eine Schwangerschaft abbricht, ohne daß die Schwangere

1. sich wegen der Frage des Abbruchs ihrer Schwangerschaft vorher an einen Arzt oder eine hierzu ermächtigte Beratungsstelle gewandt hat und dort über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder unterrichtet worden ist, insbesondere über solche Hilfen, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern, und

2. ärztlich beraten worden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht nach Paragraph 218 strafbar ist.

(2) Die Frau, an der der Eingriff vorgenommen wird, ist nicht nach Absatz eins strafbar.

Paragraph 219

Abbruch der Schwangerschaft ohne Begutachtung.

(1) Wer nach Ablauf von zwölf Wochen seit der Empfängnis eine Schwangerschaft abbricht, ohne daß eine zuständige Stelle vorher bestätigt hat, daß die Voraussetzungen des Paragraphen 218 b Nr. 1 oder Nr. 2 vorliegen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht nach Paragraph 218 strafbar ist.

(2) Die Frau, an der der Eingriff vorgenommen wird, ist nicht nach Absatz 1 strafbar.

Paragraph 219 a

Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft.

(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften, Ton- oder Bildträgern, Abbildungen oder Darstellungen seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise

1. eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs oder

2. Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, unter Hinweis auf diese Eignung anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Absatz 1 Nr. 1 gilt nicht, wenn Ärzte oder ermächtigte Beratungsstellen (Paragraph 218 c) darüber unterrichtet werden, welche Ärzte, Krankenhäuser oder Einrichtungen bereit sind, einen Schwangerschaftsabbruch unter den Voraussetzungen der Paragraphen 218 a und 218 b vorzunehmen.

(3) Absatz 1 Nr. 2 gilt nicht, wenn die Tat gegenüber Ärzten oder Personen, die zum Handel mit den in Absatz 1 Nr. 2 erwähnten Mitteln oder Gegenständen befugt sind, oder durch eine Veröffentlichung in ärztlichen oder pharmazeutischen Fachblättern begangen wird.

Paragraph 219 b

Inverkehrbringen von Mitteln zum Abbruch der Schwangerschaft.

(1) Wer in der Absicht, rechtswidrige Taten nach Paragraph 218 zu fördern, Mittel oder Gegenstände, die zum Schwangerschaftsabbruch geeignet sind, in den Verkehr bringt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Die Teilnahme der Frau, die den Abbruch ihrer Schwangerschaft vorbereitet, ist nicht nach Absatz 1 strafbar.

(3) Mittel oder Gegenstände, auf die sich die Tat bezieht, können eingezogen werden."

KSV Schlappe

Am Mittwoch,den 24.4. erfuhren wir (Schöneberger Jungarbeiter und Schülerzentrum) durch Zufall auf unserem Plenum,daß der KSV eine Veranstaltung über selbstverwaltete Jugendzentren am Donnerstag,den 25.4. in der PH machen wollten.Wir beschlossen,mit ein paar Leuten hinzugehen.

In der Eröffnungsrede eines KSV Genossen behauptete dieser,die Jugendzentren eingeladen zu haben.Das war aber der blanke Hohn.Die PUTTE und wir wußten nur durch das Flugblatt davon.Dieses sagten wir auch.Da meinte ein anderer KSV Genosse,da wir schon hier sind,sei es doch unwichtig,über die Einladung zu sprechen. Wir sollten doch kurz erzählen,was bei der PUTTE und bei uns zuletzt gelaufen ist und dann könnte man über Jugendzentren diskutieren.Wir meinten jedoch,wir haben dem KSV oft genug gesagt,wie wir uns die Unterstützung von anderen Organisationen vorstellen.Das mindeste ist doch wohl,die Jugendzentren rechtzeitig über solche Veranstaltungen zu informieren.Eine Veranstaltung,die über die Köpfe der Beteiligten statt findet,nützt keinem etwas.

Wir sind zwar grundsätzlich bereit, über unsere Arbeit zu informieren, aber auf diese Art und Weise läuft das nicht.

Nun hat ein KSV Genosse die Frechheit,uns zu fragen,was wir denn hier überhaupt zu suchen hätten,wenn wir nicht mit den Studenten diskutieren wollten.Wir machten jedoch klar,daß dem KSV bei der Planung der Veranstaltung kein Fehler passiert ist, sondern diese "Fehler" kennzeichnen die Politik des KSV.Diese "Fehler" sind schon öfter passiert (z.B. Flugblätter ohne unser Wissen gedruckt und verteilt,in der TU eine Veranstaltung über das SJSZ,ohne uns zu informieren,usw.).Wir haben diese Sachen oft kritisiert,aber geändert hat sich nichts.Daran zeigt sich, was der KSV unter solidarischer Unterstützung versteht: nicht mit den Jugendzentren wird die Unterstützung abgesprochen,sondern die Partei entscheidet,wie der Kampf um unser Jugendzentrum geführt werden muß!!!!

AUF DIESE ART DER UNTERSTÜTZUNG SCHEISSEN WIR

Wir versprachen den anwesenden Studenten,ein anderes Mal über unsere Arbeit zu sprechen und forderten alle Anwesenden auf,mit uns die Veranstaltung zu verlassen!

Bis auf die verstörten KSV Genossen verließen dann auch alle den Saal!

WIR BRAUCHEN DRINGEND MÖBEL!!
Wer hat welche übrig,oder kennt eine billige Quelle - der soll sich bitte bei uns melden .... SJSZ,1-62 belziger Str.4-6

PFINGSTTREFFEN DER LEHRLINGS- UND BETRIEBSGRUPPEN

am 1.6.-3.6. findet in frankfurt ein treffen von praxisgruppen,die sich mit lehrlings- und betriebsarbeit befassen, statt. dieses treffen soll den erfahrungsaustausch zwischen den praxisgruppen beleben. neben diesen diskussionen soll aber die koordination im vordergrund stehen. die initiative zu dem treffen geht von lehrlings- und betriebsgruppen des deutschsprachigen raums aus, die sich während des 2.überregionalen aprilltreffens "emanzipation und politischer kampf" trafen. diese gruppen wollen die organisierung und koordinierung der undogmatischen linken und damit der zersplitterung entgegenarbeiten, denn "nur gemeinsam sind wir stark".
wir bitten die genossen, uns erfahrungsberichte und weitere themenvorschläge zuzuschicken.
kontaktadresse: kornelius littmann 2o5 hamburg 8o, klaus schaumannstr. 55.
das treffen beginnt am 1.6. um 14 uhr in der uni frankfurt, hörsaal 4.

dieser leserbrief stand im "darmstädter tagblatt" vom 17.4.74.
wenn wir noch mehr material über terrormethoden der "neuen heimat" auftreiben können, wollen wir der "mieterinitiative sanierungsgebiet klausener pl." vorschlagen, so was wie ein "neue heimat - tribunal" zu veranstalten.
ein mitglied der ötv-betriebsgruppe tu hat auch sein interesse an material über solch unsoziales verhalten dieses gewerkschaftsunternehmens geäußert. sie können das für die innergewerkschaftliche auseinanderwetzung gebrauchen.
also, wer was weiß, bitte an die stadtteilgruppe charlottenburg, 1-19, seelingstr.57 (laden) schicken bzw anrufen: 343 23 2o

„Ich nenne das Psychoterror"

Es ist einige Zeit ruhig geblieben um den Mieterstreik in Neukranichstein. Einmal, und das hat man zuzugeben, weil Zeit Solidarität brüchig macht, zum anderen, weil ein Musterprozeß läuft, von dessem Ergebnis man sich ein klärendes Wort zu den unsozialen Aktionen der „Neuen Heimat" (NH) erhofft.

Nun, die NH ist am Ball geblieben. Sie hat seit Juni 1973 drei neue „Mietkorrekturen" vorgenommen, eine vertraglich vereinbarte Erhöhung steht zum 1. Juli 74 ins Haus. Man zahlt dann eine Bruttomiete von über 6 DM/qm im angeblich sozialen Wohnungsbau der NH.

Der Mieter hat sich daran gewöhnt und Konsequenzen gezogen. Auf dem freien Wohnungsmarkt gibt es billigere Wohnungen, viele ziehen also aus. Ein alltägliches Bild in Neukranichstein.

Neu am Verhalten der NH sind die verschiedenartigsten Pressionen. So erfuhr der verblüffte Mieter 2 Tage vor dem ersten Termin des Musterprozesses, er habe keine Chance zu gewinnen (2 Urteile lagen in Fotokopie bei, davon eines, das mit den hiesigen Aktionen nicht das Geringste zu tun hatte, ein anderes, welches die Auffassung der Mieter in einigen Punkten voll unterstützte). Man möge doch bei dieser klaren Rechtslage die Klage überdenken (sprich zurücknehmen), schrieb die NH, wohlgemerkt 2 Tage vor Prozeßbeginn.

Nun kann sich jeder denken, was die NH bezwecken will, wenn der Leser erfährt, daß der Unterzeichner dieses Artikels unter Zeugen mit dem Prokuristen der NH vereinbarte, daß bis zum Abschluß des Prozesses von seiten der NH Schritte zur Durchsetzung der Mieterhöhung nicht unternommen werden.

Die NH ging noch weiter. Trotz der Vereinbarung kündigte die NH am 27. März 1974 einem Mieter ausschließlich wegen des streitigen Mieterhöhungsbetrages fristlos die Wohnung. Einer Familie mit vier Kindern. Eine Formblattkündigung, ohne Angabe des Mietrückstandes, der nicht einmal eine Monatsmiete erreicht, was die ganze Angelegenheit auch rechtlich undurchsetzbar macht.

Jeder wird sich vorstellen können, welche Wirkung diese Maßnahme auf vi[illegible] Mieter hat. Das ist ein billiges, hinterlist[illegible]ges Geschäft mit der Angst um Wohnraum.

Die NH nennt es in einem Telefonat einen Irrtum, nicht einmal einen bedauerlichen. Von einer Entschuldigung gar ist nichts zu hören.

Nach einem Computerirrtum und anderen Irrtümern ein weiterer Irrtum. Ich nenne das Psychoterror.

Harald Nickel
61 Darmstadt-Neukranichstein
Pfannmüllerweg 40

CHARLOTTENBURG: RESOLUTION AN DEN SENATOR FÜR BAUWESEN

die "MIETERINITIATIVE SANIERUNGSGEBIET KLAUSENER PLATZ" e.v. wendet sich als vertreterin der in diesem gebiet ansässigen mieter, die von der sanierung betroffen sind, kategorisch gegen die vorgesehene Mieterhöhung ab 1.juli 74!
als diejenigen, die seit jahren und jahrzehnten den systematisch zugelassenen verfall der häuser und wohnungen durch hausbesitzer

wie die NEUE HEIMAT mit billigung ihres SENATS am eigenen leibe erdulden müssen, ist jede mieterhöhung ein glatter hohn!
deshalb fordern wir:
KEINE MIETERHÖHUNG, SOLANGE DIE SANIERUNG LÄUFT!
ERHALTUNG DER HÄUSER UND WOHNUNGEN IN EINEM MENSCHENWÜRDIGEN ZUSTAND, SOLANGE NOCH EIN MIETER DARIN WOHNT!
SOFORTIGE BEREITSTELLUNG VON ERSATZWOHNUNGEN IM STADTBEREICH UND UMSETZUNG IM GEBIET!

KAMPF DER PROFITSANIERUNG!!

ohne gegenstimme angenommen auf der vollversammlung der mieterinitiative am 2.april 74

MIETERBERATUNG
jeden freitag von 17 - 19
im laden der mieterinitiative
1 - 19, seelingstr.14

ANZEIGE

KFZ AN-& VERKAUF KFZ
renault,vw,citroèn(spez.2cv)
etc. gebrauchte- und neuteile
klaus kemmer,1-44 delbrückstr.29
tel.6255845 und 7844864

Heime der Reuter-Stiftung: Mietstreik

Die "gemeinnützige" Ernst Reuter Stiftung im Wedding kann das zweifelhafte Privileg für sich in Anspruch nehmen, schon immer etwas teurer gewesen zu sein. Denn sozial vertretbare Mieten kennt man in den beiden Heimen (Ernst Reuter Heim und Walter May Heim) seit langem nicht mehr. Für viele Kommilitonen jedoch, die mit 350,-- DM oder auch 400,-- DM Stipendium im Monat onehin am Rande des Existenzminimums stehen, hört bei 130,-- DM Miete für 11 qm (Walter May Heim) der Spaß auf. Da auch das Studentenwerk schon seit 2 Jahren eine Übernahme der Heime anbietet, fordern die Bewohner mit Nachdruck eine Mietsenkung durch sofortige Übergabe an das Studentenwerk und bis dahin die Aufnahme von 2 studentischen Vertretern in den Aufsichtsrat der Stiftung. Für den Fall, daß die Stiftung diesen berechtigten Forderungen der Bewohner nicht nachkommt, beschlossen die Bewohner beider Heime (720 Mieter) auf der Vollversammlung am 29.1.74 den Mietstreik ab 1. Mai.

Auf der gleichen Veranstaltung wurde deutlich, daß die Verantwortlichen der Stiftung selbst schon lange erkannt haben, daß eine Kostenmiete, wie sie in den beiden Wohnheimen erhoben wird, bereits erheblich über dem sozial vertretbaren Maß liegt. In einem Brief der Studentenvertretung beider Heime wurde dem Aufsichtsrat die Beschlüsse der VV noch einmal nachdrücklich dargelegt. Seit mehr als einem Monat steht die Antwort darauf aus. Statt dessen wurde von der Stiftung ein Flugblatt verteilt, in dem die Mieter damit verunsichert werden sollten, daß man die "Nutzungsgebühr über den 1.5.74 hinaus " als "unverändert" darstellte.

Davon kann jedoch keine Rede sein. Die Mieter der beiden Wohnheime werden ab 1. Mai die dem Niveau des Studentenwerks entsprechenden Mieten zahlen. Dies bedeutet für den Einzelnen eine Minderbelastung von 30,-- DM bzw. 44,-- DM pro Monat.

DIE MIETERVERTRETER DES ERNST REUTER HEIMS UND DES WALTER MAY HEIMS

HÄFTLINGSKOLLEKTIV NANSENSTR.

WO BLEIBT DIE SOLIDARITÄT?

im INFO nr.5 haben wir einen spendenaufruf für die finanzielle unterstützung der osterpakete für die gefangenen und für das häftlingskollektiv überhaupt - veröffentlicht. das ergebnis ist beschämend und frustrierend: in allen aufgestellten sammelbüchsen(z.b. in den buchläden) haben wir bisher in einer ganze 4o pfennig vorgefunden, in den anderen überhaupt nichts ! viele von euch haben paketscheine übernommen und die päckchen selber fertiggestellt. dafür danken wir euch. aber viele gefangene schicken die paketscheine an ihre angehörigen. mit der voraussetzung, daß genug geld durch den spendenaufruf reingekommen wäre, wollten wir den angehörigen fürs päckchen was zusteuern oder ganz bestimmte und spezielle sachen kaufen. so z.b. bezahlt die oma der genossin irene goergens die päckchen immer alleine von ihrer mickrigen rente.
außerdem können im frauenknast lehrter str. blumen, wolle, handarbeitssachen und nette andere sachen abgegeben werden, die die "freizeit" der gefangenen etwas mehr ausfüllen. auch dafür brauchen wir geld. nochmal ein hilfeschrei: wir sind auf eure finanzielle unterstützung angewiesen, spenden auf konto jutta werth 31 36 393 8oo berliner bank
gleichzeitig fragen wir, wer platten (egal ob lp's oder singles, oldies oder neuere) abgeben kann, die wir im frauenknast abgeben wollen. die genossinnen in der lehrter str.hören nämlich seit jahren wöchentlich übers interne tonstudio die gleichen songs. und wenn in diesem knast diese gelegenheit besteht, daß man platten abgeben kann, so müssen wir das ausnützen. bitte malden

bitte schreiben/melden bei
marlene hahskerl (häftlingskoll.)
1 - 44, nansenstr.22-23

ps. es hat sich ein zweites häftlingskollektiv gebildet.

"WIE VERHINDERE ICH EINEN STREIK"

"diese (inoffiziellen) kämpfe sind aufgrund ihrer zersplitterung und der fehlenden unterstützung durch die gewerkschaffen besonders schwierig zum erfolg zu führen und enthalten hohe risiken für die Belegschaft und für die kommunistischen zellen, die in diesen kämpfen führend hervortreten." (zitiert nach: ergebnis der gründungskonferenz des KBW, s.41)

wie sieht das aber nun in der praxis aus?
am 19.2.74 brachte der KBW, ortsgruppe köln, vor felten & guilleaume das flugblatt heraus: HEUTE WARNSTREIK!
es wurde nicht gestreikt.
am 2o.2.74 brachte der KBW das flugblatt heraus: WER HAT DEN WARNSTREIK VERHINDERT?
einige verteiler des flugblatts wurden verprügelt, und es wurden ihnen die flugblätter abgenommen.
felten & guilleaume ist eine kabelfabrik in köln mit etwa 4ooo beschäftigten. keine bänder, keine maschinenstraßen, sondern einzelmaschinen und eine amzahl von einander getrennter hallen: wenn es losgeht, muß praktisch jeder mann einzeln geholt werden.
die streikbereitschaft für einen hohen tarifabschluß war nicht von "gewerkschaftsgrößen" (KBW) des betriebes, sondern von aktiven kollegen organisiert worden. nach erwartung und stimmung der kollegen wäre es auch kein "ministreik"(KBW) geworden, bei demwir "mal ne halbe stunde die pause überziehen" (KBW), sondern nach umfang und qualität war diesmal von der belegschaft eine größere aktion zu erwarten.
hier hat der KBW schon 2 goldene regeln mißachtet:
1. wenn ich die situation in einem betrieb nicht genau kenne, dann halte ich mich mit guten ratschlägen, wann und wofür gekämpft werden soll, gefälligst zurück.
2. ein flugblatt kann keinen streik organisieren, eine führung von außen wird nicht akzeptiert, dies muß den kräften im betrieb überlassen bleiben.
wenn ich einen nicht-offiziellen streik ankündige, schwäche ich die ohnehin schwachen noch mehr und stärkt die ohnehin starke gegenseite. ein nicht-offizieller streik muß überraschend kommen. das argument, die gegenseite wüßte sowieso über alles bescheid ist lächerlich und zeugt von völliger unkenntnis des betriebes. selbstverständlich wissen geschäftsleitung und ihre handlanger, daß irgendwann und irgendwo um die tarifverhandlungen herum mit ziemlicher sicherheit gestreikt wird. der größte schutz in solchen situationen ist für die belegschaft die eigene gerüchteküche. fast täglich wird in irgendeiner abteilung erzählt: heute wird gestreikt, oder morgen wird gestreikt, oder da und dort haben die sogar schon angefangen. die vorgesetzten kennen das und regen sich nicht besonders darüber auf. wenn jedoch eine gruppe, die regelmäßig eine betriebszeitung verteilt, und von der die geschäftsleitung annimmt, daß sie zumindest über größere sachen informiert ist, einen streik offiziell ankündigt, dann werden betriebsleitungen und meister zusammengetrommelt, um geeignete gegenmaßnahmen zu ergreifen. und genau das ist eingetreten!
natürlich ist es nicht so, daß durch ein flugblatt die streikbereitschaft von 1oo auf null heruntergeschraubt werden kann, genauso wenig, wie durch ein flugblatt eine belegschaft von null auf 1oo gebracht werden kann. aber streikbereitschaft und streikorganisation sind zwei verschiedene hüte. wenn durch eine solche ankündigung die streikorganisation ins wanken gerät, wird die vor jeder aktion vorhandene angst und unsicherheit der belegschaft verstärkt. organisationsmöglichkeit und streikbereitschaft reißen sich gegenseitig herunter zu desorganisation und angst, wo dann die kollegen, die in der lage sind, tausende zu organisieren, die ganze sache abgeblasen haben.
das kann jedoch den KBW nicht erschüttern. nach dem ersten flugblatt war der politische erfolg ja schon gewiß. wäre - wie vorauszu-

sehen war - die aktion über den üblichen rahmen hinausgegangen, dann hätte sich die blega

hätte sich die belegschaft der aufforderung des KBW angeschlossen, "verschärfte kampfmaßnahmen" zu ergreifen. da nicht gestreikt wurde, hatte man die großartige gelegenheit, die "gewerkschaftsgrößen" (KBW) im betrieb zu entlarven: je nach bedarf der betriebsrat, der vertrauenskörper, die vertrauenskörperleitung.
ob gestreikt wurde oder nicht, die ortsgruppe köln des KBW kann voll stolz eine erfolgsmeldung an die leitung abschicken.
es wäre zu wenig, den KBW darauf hinzuweisen, daß ein nicht-offizieller streik in einem betrieb etwas anderes ist als eine vollversammlung an einer universität, wo es nicht besonders auffällt, wenn man einige stunden die vorlesungen nicht besucht. es ist vielleicht auch schwer verständlich zu machen, was es bedeutet, die eigene abteilung zu mobilisieren, oder auch nur die hälfte oder sogar nur ein drittelder abteilung; was es bedeutet, vor den augen der eigenen vorgesetzten die maschinen abzustellen; was es bedeutet, loszusiehen, während der meister aufgeregt zum telefon rennt und der vorarbeiter anfängt, namen zu notieren. wenn ein dutzend zusammen ist, sind wir gerade so mutig, uns durch den seitenausgang davonzupissen; wenn hundert zusammen sind, sind wir gerade so mutig, loszumarschieren; und erst wenn tausend zusammen sind, können wir sagen: jetzt klappt es.

dies alles ist vielleicht schwer verständlich für eine organisation, die sich vorwiegend aus studenten zusammensetzt.

wichtiger erscheint uns jedoch, daß sich hinter dieser vorgehensweise des KBW ein konzept verbirgt. als im vorigen jahr beim bauerverlag in köln (großbetrieb der druckindustrie) der KBW davon wind bekommen hatte, daß für eine teuerungszulage gekämpft werden sollte, hatte diese gruppe nichts eiligeres zu tun, als am zu erwartenden streiktag den streik anzukündigen. es wurde nicht gestreikt, vielmahr wurde einem kollegen aus dem betriebsrat mit der kündigung gedroht, weil das flugblatt so aufgezogen war, daß die geschäftsleitung einen zusammenhang zwischen KBW und dem betriebsrat vermutete. damals konnte man noch glauben, es wäre ein schwerer ausrutscher gewesen, aus dem der KBW noch hätte lernen können. das gegenteil ist der fall. nicht nur bei F & G, sogar in einem kleinbetrieb (deutscher gemeindeverlag, etwa 1oo beschäftigte) ist nach alter holzhackerweise durch die flugblattpolitik des KBW der betriebsratsvorsitzende indirekt so denunziert worden, daß mittlerweile der ganze betriebsrat zurückgetreten ist, wobei betont werden muß, daß sich gerade der betriebsratsvorsitzende nach kräften bemühr hatte, mit der belegschaft zusammenzuarbeiten. ein einziger informant in der firma hatte dem KBW gereicht, um diesen großartigen "erfolg" zu erringen.
also: wenn diese gruppe schon nicht in der lage ist, innerbetrieblich einfluß zu nehmen, geschweige denn als führung von der belegschaft akzeptiert zu werden, dann wenigstens eine flugblattaktion um jeden preis, nach dem motto: wenn ich ewig ins blaue schieße, treffe ich irgendwann einmal ins schwarze. informanten in den betrieben werden für die gruppenpropaganda des KBW benutzt und in unverantwortlicher weise gefährdet.
jeder betriebskonflikt ist dieser gruppe recht, die eigene popularität zu fördern: die belegschaft wird mittel zum zweck, und die eigene organisation wird zum ziel der politik.

diese art von politik hat nicht nur auswirkungen auf die belegschaften, sondern auch auf die linke. in teilen der belegschaft von F & G wird diskutiert, ob man solche flugblätter in zukunft nicht überhaupt schon vor dem verteilen einsammeln sollte. die kollegen machen keinen unterschied zwischen KBW, DKP, KPD, jusos, KPD/ML usw. alle, die links von SPD und DGB verteilen, sind "die kommunisten".

---

kollegen aus den betroffenen betrieben
aus dem ID nr.27 vom 18.3.74

Die Berliner Spontis welche auf dem Frankfurter Emanzipationsseminar waren,haben sich heute wieder im Drugstore(potsdamerstr. 18o,um 15 uhr)getroffen .

Bei diesen Treffen geht es hauptsächlich darum die verschiedenen Arbeitsansätze aus Frankfurt weiterzuentwickeln.Hier haben sich bis jetzt auch Leute getroffen die noch in keiner Gruppe s/ind.Es besteht die möglichkeit,neue Gruppen zu bilden oder sich an schon bestehende Gruppen anzuschließen.

An diesem Sonntag haben die verschidenen sich neugebildeten gruppen von ihrem ersten treffen berichtet.Wie das so bei der Wohngruppe gelaufen ist;daß die Kindergruppe außer einem konkreten Abenteuerspielplatzprojekt ,ein überregionales Seminar über kinderarbeit mit westdeutschen genossen planen.Die Leute aus der Schülergruppe wollen sich erst mal kennen lernen.Auch bei der Selbsterfahrungsgruppe ging es erst mal ums gegenseitige kennen lernen, die Frage über den Zusammenhang von Selbsterfa/hrung und politischer arbeit konnte bei diesem ersten Treffen leider noch nicht gelöst werden.Die Männergruppe erzählte von ihrer bevorstehenden 1 Mai-Aktion:sie wollen auf den Kinderfesten in Röcken rumlaufen,um damit bei den Anwesenden Diskussionen über die übliche Männerrolle in gange zu bringen.Die Aktion soll dann abends im Drugstore weiterlaufen.Leute die noch mitmachen w/ollen:treffpunkt am mittwoch um 14 uhr,anhalterstr. 7(1.stock).

Neue Gruppen wurden vorgeschlagen:"Rote Hilfe im psyschichen Bereich".Die Gruppe will sich mit Leuten welche schon in der praxis stehen(Pfleger,sozialarbeiter,therapeuten..)zusammen tun,sich mit bestehenden Alternativen auf diesem Bereich(z.b. Free-klinik in Heidelberg)auseinandersetzen,sowie eigene Ansätze entwickeln.Trefftermin liegt noch nicht fest.Eine andere Gruppe:"Koordinationsgruppe" welche sich hauptsächlich darum bemühen will die Information innerhalb der Sponti a/rbeitsgruppen,sowie die information nach außen zu verbessern.Dabei sollen die schon vorhandenen Koordinationsansätze wie Mittwochsplenum,INFO-bug,bürodienst, berücksichtigt werden.Diese Arbeitsgruppe soll längerfristig angelegt werden.Neben der praktischen Arbeit, hätte diese Gruppe a/uch die Aufgabe sich theoretisch mit den Zielen der Spontibewegung auseinanderzusetzen(ähnlich wie die Gruppe "Emanzipatorische und Arbeiterbewegung"in Frankfurt).Es kamen ziemlich viele Gegenargumente:Gefahr der loslösung einer solchen gruppe(verselbstständigung), die vorhandene Koordinationsansätze reichen momentan aus. Das Ganze wurde aber nicht ausdiskutiert.Es wurde beschloßen die Diskussion später fortzusetzen,u.a. auch im Mittwochsplenum.

Eine "Mediengruppe"wird vorgeschlagen,welche die Arbeitsansätze aus Frankfurt weiterentwickeln will:auseinandersetzung mit vorhandenen medienansätzen in berlin(video film,theater,musik,photo), koordinierung von mediengruppen,kontakt mit westdeutschen gruppen usw. Trefftermin steht noch nicht fest.

Eine Ökologie u. Antimilitarismusgruppe ist auch am entstehen.

Damit sich die Leute von diesem Sonntagsplenum besser kennen lernen,wurde vorgeschlagen ein kleines Fest zu machen.

Der,der mehr wißen will kommt das nächste mal zum Plenum!

5. Mai, So 15^{00} Drugstore Potsdamer Str. 180

MITTWOCHSPLENUM 11

Allgemeine Bemerkungen

Zuspätgekommen wird weiterhin kräftig.Der Anfangstermin verschiebt sich immer noch um ne gute halbe Stunde. Aufgrund der Unverbindlichkeit der Diskussion im Plenum wird eine Kritik an diesem Zustand immer appellhaften Charakter haben.Erst wenn es gelingt inhaltliche verbindliche Diskussionen zu entwickeln,sich ein fest miteinander arbeitender Kern konstituiert,ist die Forderung nach Pünktlichkeit eine materiell begründbare (Kontinuität der eigenen Arbeit) und notwendige Vorraussetzung für eine befridigende und effektive Arbeit.
Am letzten Mittwoch waren ungefähr 6o Leute anwesend,wobei sich ein Kern von ca.2o regelmäßig Erscheinenden herausgebildet hat. Die Fluktuation im Plenum, die fehlenden kontinuierlichen Arbeitsinhalte - Reflexion der Praxis,Strategiebildund und Organisation einer undogmatischen Linken - lassen momentan die Diskussionen im Plenum eng an konkrete Aktionen und Ereignisse (Putte, 1.Mai) kleben,die allerdings durch ungenügende Informationen (z.B. über die konkrete Situation bei der Putte), unterschiedliche Motivation der Leute ganz schön anekdotenhaft,theorielos und unverbindlich bleiben.

Nicht unterschätzen soll man die Notwendigkeit des sogenannten "technischen Teils des Plenums". Bei 6o Leuten gibt es enorme Schwierigkeiten einen Protokollschreiber,zwei Leute für den Bürodienst,einen Redaktionsstab von mindestens 6 zu bilden,was ein bezeichnendes Licht auf die Möglichkeit einer verbindlichen und praktischen gemeinsamen Arbeit (der Spontis zum jetzigen Zeitpunkt wirft. Es reicht eben nicht ein paar Statements in die Runde zu schmeißen und sich dann den Sonntagabend u.s.w. privat zu vergnügen.Dies zu lernen scheint einer Reihe von "undogmatischen Genossen" doch recht schwer zu fallen.

Zur Putte

Augenscheinlich hat die Putte eingesehen,daß eine Weiterarbeit nur im Laden möglich ist.Der vorher so heftig bekämpfte unterschriebene Vertrag (Ausschlußgrund gegen die Jusos) zur Nutzung der läden in der Rügener Str. wird nun doch in Anspruch genommen. Am Samstag,2o.4. besetzte die Putte die von den Jusos inzwischen renovierten Räume und erklärte öffentlich,Kinderarbeit weitermachen zu wollen. Über die Vorgehensweise und die gesamten Fragen der Strategie bei der Putte sollte innerhalb der undogmatischen Linken ein Diskussionsprozeß einsetzen,zeigen sich hier doch exemplarisch grundlegende Probleme vieler undogmatischer Grup.-pen in punkto Kontinuität der Arbeit,Strategiebildung,Theoriedefizit,Aktionismus und taktischer Einflußnahme solcher Gruppen wie der KJV und andere.
Diese Woche noch findet ein Klärungsgespräch zwischen Putte und Juso-Fraktion (die ehemalige Kindergruppe) statt.

Zum Info

1. Büro-Dienst: jeden Freitag von 18-2o Uhr-SZ,Tel. 395 8o 83.
Leute,wir müssen noch allerhand Arbeit im Büro machen (Regale bauen,Mobilar,Kleinigkeiten wie Briefumschläge,Farbbänder u.s.w. besorgen),darum meldet euch das nächste mal reger ,wenns um den Dienst geht!!
Regelmäßige Beantwortung der Post sowie Vertrieb nach außerhalb läuft ebenfalls nicht!
Für alle die Artikel schreiben wollen: Schickt sie doch bitte schon zum Freitagstermin,damit schon für Sonntag getippt werden kann.
2. Redaktion (so.;18 Uhr,SZ).
Es muß unbedingt ein regelmäßiger Dienst eingerichtet werden,die Arbeitsbelastung (bis zu 8 Std.) für immer die selben Genossen ist einfach zu viel.
3. Vertrieb-unser größtes Problem.
Halbwegs koordiniert läuft der bisher nur bei d den einzelnen Gruppen und ihre Umgebung,in den Buchläden,an der FU (Chile-Komitee Stand),TU (Buchstand).Nach dem ersten Mai versuchen wir regelmäßig einen eigenen Stand an der Uni zu machen.
4.Finanzen - die nächsten Nummern werden sich endlich selber tragen (Auflage 15oo).36o,.in der Kasse ,eine offene Rechnung von 424,-,wobei die Einnahmen vom

Verkauf der letzten Nummer noch ausstehen. Die mitarbeitenden Gruppen haben sich verpflichtet regelmäßige Beiträge für die Unterstützung des Infos und des SZ (Erhöhung der Miete) zu entrichten.
Unser Spendenkonto für möglichst reichliche Spenden : 1oo 52 45 6o1-Bank für Gemeinwirtschaft.

Zum 1.Mai

Wir treffen uns Hohenzollerndamm/Ecke Württembergische Str. um 1o Uhr 15 und reihen uns organisiert in den Block der "DGB-Basis"ein. Eine Konfrontationsstrategie (mit den 8oo DGB-Ordnern und RGO-Flippern) wurde abgelehnt.Zum Verhalten auf der Demo und bei Sickerts Rede konnte nichts Konkretes gesagt werden. Wir überlassens unser Spontaneität!

Zu den Arbeitsgruppen

Bisherige Arbeitsfelder sind: Stadtteilarbeit und Jugendarbeit. Inhalte dieser AGs sollen sein:
- Erfahrungsaufarbeitung der Praxis
- Reflextion der Arbeitsbedingungen
- Strategiebestimmung
- Einstieg für einzelne Genossen in eine Praxis.

Die weiter Diskussion wurde durch drei Stränge gekennzeichnet.
1. Funktionierende Projektgruppen sollen eine vorstrukturierte allgemeinere politische Disskusion imPlenum entwickeln (dies gilt es endlich anzufangen)
2. Einrichtung einer Auffangruppe zur Eingliederung der vielen neuen Leute. Es wurde erkannt,daß das Plenum selbst nicht in der Lage ist,die Neuen mit einer unklaren Erwartungshaltung und Motivation im jetzigen Zustand (6o Leute) voll zu integrieren.Die Auffanggruppe soll sich erstmal sonntags zum Redaktionstermin bilden,bei dem sich in der Regel mehrere Leute aus den mitarbeitenden Gruppen zusammenfinden und hier am besten direkte Informationen ausgetauscht werden können.Also sonntags 18.oo SZ
3. Die Genossen,die in Frankfurt bei dem Emanzipationstreffen gewesen sind,treffen sich jeden Sonntag 15.oo im Drugstore.AGs haben sich schon gebildet (Wohnkollektiv, Männerrat z.B.).Eine eventuelle Zusammenarbeit mit den AGs ist möglich,muß aber noch diskutiert werden.

Weiterhin wurde kritisiert,daß zu wenig Gruppenberichte erscheinen (also man ran),ein Abkapseln vieler Gruppen,die die Notwendigkeit einer über ihren bornierten Rahmen hinausgehenden Organisierung noch nicht einsehen (können).Dies wurde mehr konstatiert.Keine Diskusion über die Ursachen der Abkapselung, geringen Gruppenaktivität in Punkto Selbstdarstellung und in welchem Verhältnis die INFO-Initiative zur desolaten Situation der einzelnen Gruppen steht.

Ab nächste Woche steht übrigens ein INFO-Brett im Büro,auf dem sich alle mitarbeitenden Gruppen kurz darstellen:zur Information für alle Interessierten!

NICHT VERGESSEN,DAS NÄCHSTE PLENUM IST AUSNAHMSWEISE AM DONNERSTAG,ZWEITER MAI IM SZ,PÜNKTLICH 19.3o!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Gericht: FU darf Sybille Plogstedt beschäftigen

Die Trotzkistin Sybille Plogstedt darf vorerst von der Freien Universität als wissenschaftliche Mitarbeiterin eingestellt werden. Das ergibt sich nach Angaben des FU-Pressedienstes von gestern aus der soeben bekanntgewordenen Entscheidung des Fünften Senats des Oberverwaltungsgerichts Berlin. Der Anstellungsvertrag darf allerdings nur unter der Bedingung geschlossen werden, daß das Arbeitsverhältnis aufgelöst ist, wenn die Freie Universität in der noch anhängigen Klage gegen Senator Stein unterliegen sollte. Der Senator hatte der FU am 22. Februar untersagt, Sybille Plogstedt, die der trotzkistischen Internationale angehört, als wissenschaftliche Mitarbeiterin in dem am Ost-Europa-Institut angesiedelten Sonderforschungsbereich „Sowjetunion" einzustellen und gleichzeitig die sofortige Vollziehung seiner Aufsichtsmaßnahme angeordnet.

Bis zur Entscheidung in der Hauptsache vergeht in der Regel vom Datum der Klageeinreichung an etwa ein Jahr. Die Einstellung von Sybille Plogstedt war von der FU nur für insgesamt acht Monate vorgesehen. (dpa)

BERLINER STIMME

Die Eskalation abbauen

Ilse Reichel zum Fall „Putte": Im Strudel fragwürdiger Solidarisierungen

Es gibt wohl niemanden der mittelbar oder unmittelbar an dem Sonderprojekt Bürgerinitiative „Putte" Beteiligten, der die Situation, die durch die Räumung des Hauses Rügener Straße entstanden ist, nicht bedauert; und wir alle sollten Interesse daran haben, daß trotz der unerwünschten Eskalation wieder eine Basis für die weitere Arbeit der Bürgerinitiative „Putte" gefunden werden kann.

Bei der Planung von Projekten für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen — und darum handelt es sich bei der „Putte" — müssen die soziale Lage und die daraus resultierenden Einstellungen und Verhaltensweisen der Betroffenen möglichst realistisch berücksichtigt werden. Fernziel der Arbeit sollte eine schrittweise Intensivierung der sozial benachteiligten Bürger zur Wahrnehmung ihres gesellschaftlichen Mitspracherechtes sein, u. a. auch durch solidarisches Verhalten zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Ein Schritt auf dem Wege dazu ist die Identifizierung mit dem Projekt, was auch die Entwicklung starker gefühlsmäßiger Bindungen einschließt.

Zum Projekt „Putte" gehören Kinder-, Schüler- und Jugendarbeit, also auch die Jugendwohngemeinschaft. Ich finde es bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, die Meinungsverschiedenheit zwischen der zur Bürgerinitiative gehörenden Architektengruppe und dem Bezirksamt Wedding über die Höhe der für eine Erhaltung des Hauses aufzuwendenden Mittel auszuräumen. Sonst wäre es vielleicht gelungen, den Initiatoren der Bürgerinitiative und den Betroffenen selbst — in diesem Fall den Jugendlichen — die Verwaltungsentscheidung einsichtig zu machen und den für sie entstehenden Widerspruch zwischen dem Mangel an geeignetem Wohnraum einerseits und dem Abriß eines für sie erhaltenswerten Gebäudes andererseits aufzulösen.

Beim Angebot von Ersatzräumen wurden den Jugendlichen zwar individuelle Wohnmöglichkeiten angeboten, die aber das gemeinsame Wohnen für die Wohngemeinschaft nicht ermöglichten; dies halte ich für eine zusätzliche erhebliche Belastung, denn nun sollten die Jugendlichen nicht nur „ihr Haus" verlassen, sondern aus ihrer selbst gewählten Lebensgemeinschaft gelöst werden. Übrigens, ich halte die Wohngemeinschaft der Jugendlichen nach wie vor für einen wesentlichen Bestandteil des Sonderprojektes.

Sicher kann man in der Einschätzung der sozialpädagogischen Tragfähigkeit derartiger Projekte unterschiedlicher Auffassung sein. Aber „Putte" hat gezeigt, daß gerade dieses Projekt gute Ansätze für eine positive Entwicklung in sich barg, denn im Gegensatz zu der in der Schlußphase — auch von der „Putte" nicht gewollten — Ansiedlung von unerfreulichen Partnern bestand zwischen Initiatoren, beteiligten Jugendlichen und den Mitarbeitern des Jugendamtes ein guter Kontakt, der Lernprozesse begünstigte und in den Verhandlungen auch sichtbar machte.

Auch mir ist bekannt, daß es Gruppen gibt, denen es in erster Linie darum geht, durch unerfüllbare Forderungen den angeblich reaktionären und jugendfeindlichen Charakter der Politik der Bezirksämter und des Senats zu „enthüllen", und daß diese Gruppen immer versuchen, sich mit Initiatoren zu solidarisieren, die in Konflikte mit diesen Institutionen geraten. Wir sollten uns aber davor hüten, den Projekten in Konfliktsituationen „hurtig" zu unterstellen, daß sie sich politisch einfangen und benutzen lassen.

Das Beispiel „Putte" zeigt deutlich, daß ursprünglich von radikalen Kräften unbeeinflußte Projekte der Selbstorganisation schnell in den Strudel fragwürdiger Solidarisierungen geraten können, wenn die Verwaltung und die verantwortlichen politischen Gremien nicht immer das notwendige Gespür für Prozeßabläufe haben. Fehler, die wir in diesem Zusammenhang machen, erzeugen u. U. erst die Anarchie, die wir verhindern wollen.

Wir müssen alles in unseren Kräften Stehende tun, um die bestehenden Konflikte zu lösen und damit die Eskalation wieder abzubauen und so eine förderungswürdige Sache für die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, für die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich ja in besonderer Weise einsetzt, auch weiterhin fördern zu können.

Krawall im Hauptpflegeheim

Nach einem gescheiterten Fluchtversuch zweier Mädchen kam es in der Nacht zu Montag im Hauptpflegeheim in der Reinickendorfer Ollenhauerstraße zu einem Krawall von etwa 25 Heiminsassen. Beamte einer Funkwagenstreife wurden von den randalierenden Mädchen mit Flaschen und Geschirr beworfen. Erst durch den Einsatz anderer Funkwagenstreifen konnten sie schließlich wieder in ihre Zimmer gedrängt werden. In einigen Fällen schlug die Polizei mit Gummiknüppeln auf die Mädchen ein. Zwei Heiminsassen wurden unter dem Verdacht der Rädelsführerschaft vorübergehend festgenommen. (Tsp)

TSp 23.4.74

Erneut Krawall

Im Reinickendorfer Hauptpflegeheim an der Ollenhauer Straße kam es in der Nacht zu gestern erneut zu einem Krawall der Heiminsassinnen. Die von der Heimleitung alarmierte Polizei setzte fünf Besatzungen von Funkstreifenwagen sowie ein Diensthundekommando ein. Die Beamten wurden nach Mitteilung der Polizei von den randalierenden Mädchen angegriffen und zum Teil beworfen. Außerdem warfen die Mädchen Einrichtungsgegenstände auf den Hof und zertrümmerten Fensterscheiben.

Wie berichtet, war es bereits in der Nacht zum Montag zu Ausschreitungen gekommen. Auch dabei waren alarmierte Polizisten von den Mädchen angegriffen und beworfen worden.

Während dieser erste Krawall durch mehrere ungünstige Faktoren entstanden sei, hätten sieben Mädchen die zweite Auseinandersetzung bewußt provoziert, teilte gestern ein Sprecher der Senatsjugendverwaltung mit. Im ersten Fall habe sich die Lage durch den Fluchtversuch eines Mädchens und durch zwei unter Rauschmitteleinfluß stehende Mädchen sowie durch „Einflüsse von außen" (ein Jugendlicher wurde wegen Hausfriedensbruchs festgenommen) „hochgeschaukelt". Viele Mädchen hätten sich mit den wenigen betroffenen Heiminsassen solidarisiert. Die zweite Auseinandersetzung sei im Grunde von nur drei Mädchen und vier „Mitläufern" ausgegangen. In diesem Fall hätten viele Mädchen versucht, ihre Mitinsassen an der Auseinandersetzung zu hindern.

Die Vorfälle der beiden letzten Tage sind die einzigen, seit das Heim vor eineinhalb Jahren von einem geschlossenen in ein offenes umgewandelt wurde. Aus diesem Grunde werde diese neue Konzeption nun auch nicht in Frage gestellt, erklärte gestern die Jugendverwaltung. Die Lage im Hauptpflegeheim sei wegen der Überfüllung und der Personalsituation sehr schlecht, zumal die Aufenthaltsdauer der Mädchen in dem als Durchgangsheim konzipierten Haus mehrere Monate betrage.

Die Heimsituation müsse — so der Senatssprecher — kurzfristig verändert werden. Zum 1. Juli werden in diesem Sinne zwei geschlossene Mädchen-Gruppen im Hans-Zulliger-Haus am Waidmannsluster Damm eingerichtet, zwei Mädchen werden zur medizinischen Behandlung in Kliniken eingewiesen. Das Personal wird um einen Fürsorger verstärkt. Bisher gab es für die Mädchen (derzeit 39) nur einen. (Tsp)

Tsp. 24.4.74

14 BUSSGELD WEGEN TREBE

Kurze Information über die neuste SPD-Sauerrei:
Es ist Euch ja allen bekannt, in welchen unmöglichen Verhältnissen manche Familien leben müssen. - Vater meistens außer Haus oder dauernd betrunken, Mutter total überlastet mit mehreren zum Teil noch kleinen Kindern zu Hause. Die Verhältnisse sind dann oft viel zu eng.
Resultat: die Bedürfnisse aller Familienmitglieder sind unmöglich auf einen Nenner zu bringen, was zwangsläufig zu Resignation und gesteigerter Agressivität führen muß.
Jeder ist auf jeden sauer, Kinder werden verprügelt und laufen irgend wann einfach weg.
Kinder mit solchen Erfahrungen gehören dann natürlich auch zu den sogenannten schwierigen Fällen in der Schule. Sie rebellieren, machen einen kontinuierlichen Unterricht gerade auch von fortschrittlichen Lehrern unmöglich.
Solchen Lehrern bleibt dann meistens nichts anderes übrig als auf eine Isolierung dieser schwierigen Schüler vom Rest der Klasse hinzuwirken.
Gelingt dies, dann ist zwar eine Aufrechterhaltung des laufenden Unterrichts gesichert, der isolierte Schüler jedoch umso frustrierter. Oft gibt es für ihn dann gar keinen anderen Ausweg, als den Besuch der Schule zu verweigern.
Er entscheidet sich, auf Trebe zu gehen. Zur"Bewältigung " dieser "Fälle" hat sich die SPD- Verwaltung neuerdings ein besonders hinterhältiges Verfahren ausgedacht:
Man hat im Grundgesetz nachgeschaut und entdeckt, daß dort die Eltern verpflichtet werden, für die Erziehung ihrer Kinder zu sorgen.Daraus wird bei der SPD die Konsequenz gezogen, daß die Eltern, deren Kinder auf Trebe sind, ihre Erziehungspflicht vernachlässigt haben.
Die Folge davon ist nicht etwa, daß großzügig Kinder- oder Schülerläden, Schularbeitszirkel oder ähnliches eingerichtet werden- diese werden ja vielmehr in der letzten Zeit abgerissen- sondern die Eltern werden in die Schule bestellt und ihnen wird eröffnet, daß sie gegen geltendes Recht verstoßen haben und deshalb eine Anzeige erhalten.
Diese Verfahren haben Strafen bis zu 5oo,- DM zur Folge.
Als in einem konkreten Fall eine Mutter zaghaft einwendete sie habe vier kleine Kinder zu Hause, bekam sie von dem Rektor (SPD-Mitglied) zu hören, daß sie dann eben gefälligst Überstunden zu machen habe.
Dies nur zur Information.
Es ist anzunehmen, daß wir in nächster Zeit mit ähnlichen Fällen von SPD-Sozialpolitik konfrontiert werden. Außer der konkreten Rechtshilfe, die wir auf jeden Fall leisten können un auch werden, sollten wir dringend diskutieren, auf welche Weise wir Solidarität mit den Betroffenen üben können.

anzeigen

wer hat interesse, eine kapitalschulung zu machen. zur durchführung einer solchen sind natürlich auch leute hier angesprochen, die bereits ein fundiertes wissen haben. meldet euch bei tel.24 91 63 oder 213 14 17

* * * *

wir brauchen noch ein paar fahrräder, um mit den kindern aus dem haus mal einige radtouren zu machen. wer so ein ungenutztes monstrum (auch wenn es kaputt ist) im keller zu stehen hat, soll mal anrufen: 343 23 2o

* * * *

WER VERSCHENKT oder verkauft - Burdon+ The Animals: "Every one of us" u. "Love is" - und bei wem kann ich alten Blues auf Tonband aufnehmen? Tel.215562o

* * * *

WER VERSCHENKT oder verkauft mir ein altes MOTORRAD - möglichst mit noch etwas TÜV? Tel.3912269

LESERBRIEF

das letzte vom kbw 15

(sollte eigentlich schon zur nr.7 von mir kommen)
am sonntag vor ostern wollte ich bei der herstellung des infos mitarbeiten, um die überlastung einiger genossen etwas aufzuheben. nachdem ich ca.1 stunde im sz gewesen war, hatte ich die schnauze voll und ging nach hause. auf diesem weg schleppte ich einen ziemlichen frust mit mir rum. das hatte folgende gründe: die leute, die da s info herstellten, traten als eine ziemlich starke in-group auf. zudem herrschten in dieser gruppe auch noch hierarchische verhältnisse. das verhalten der genossen stieß mich ab. die linke charaktermaskerade kam mal wieder richtig zur entfaltung. d urch dieses verhalten wird man unter einen vollzugszwang gestellt, um anerkannt oder überhaupt bemerkt zu werden. das halte ich für sehr gefährlich.
ich hätte natürlich auch auf den tisch des hauses hauen können und mein mißbehagen gleich an ort und stelle äußern können. aus meiner emotionalen und auch kräftemäßigen lage an diesem tage vermied ich die konfrontation. zudem halte ich das mit der konfrontation sowieso für problematisch. ich ka nn mir vorstellen, daß gerade auch andere leute das mit der konfrontation gar nicht bewältigen können. gerade auch leute, die nicht über den gesammelten linken wortschatz verfügen und schon deshalb gar keine auseinadersetzung wagen. das ist für eine politische praxis meiner ansicht nach ziemlich verhängnisvoll. denn gerade dieser ganze sachverhalt fördert das sektierertum. ich halte es für notwendig, diese ga nze problematik zu dikutieren. mit diesem leserbrief habe ich das thema, das ich doch für problematisch halte, nur anreissen können. bei einer ausführlicheren diskussion könnte glaube ich eine ganze menge rauskommen. vielleicht haben auch noch ein paar andere zu dieser sache etwas zu sagen. es würde mich schon interessieren, ob mir nur alleine etwas in dieser richtung hin aufgefallen ist.
j. aus mariendorf

Bin gerade kurz vor Redaktionsschluß von einer KBW-Veranstaltung mit dem Führer Joscha Schmierer zurückgekommen. Vor diesem Hintergrund kann einem die Vorbereitung für den ersten Mai hochkommen. Während wir täglich die Erfahrungen machen, daß sich eine Radikalisierung der sozialen Auseinandersetzung erst langsam beginnt abzuzeichnen, macht einem Joscha und die anderen Glauben, daß es im Augenblick nur darauf ankommt, die richtige Parole zu formulieren, der Rest kommt dann schon von selbst. Joscha schwätzte ohne aufzuhören ca. 1 1/2 Stunden lang Unter anderem legte er ziemlich lange dar, was für uns alle ganz neu ist;nämlich, daß wir in einer Gesellschaft leben, in der der Mensch durch den Menschen unterdrückt und die Arbeiter durch die Kapitalisten ausgebeutet werden. Überhaupt, wenn man genau zuhörte, was schwer fiel, konnte man den Eindruck gewinnen, daß das Kommunistische Manifest verlesen wird. Dazu noch ein paar andere Forderungen so nach dem Motto: immer ein bißchen mehr als die Gewerkschaft gerade fordert. Da wir uns obendrein in einer Phase demokratischer Kämpfe befinden, darf man auch nur demokratische Bedürfnisse haben.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung kam es dann noch zu einem Clynch zwischen Joscha und der KPD darum, wie man die Weltrevolution am 1. Mai am besten unters Volk bringt. Der KBW will in den DGB-Block ein"sickern", der KPD-Konzern trägt die proletarische Revolution sauber und unbefleckt hinterher. Trotzdem bleibt es dabei: wirtreffen uns um 10.15 h Ecke Hohenzollerndamm /Württembergische STr.

TERMINE

Selbsterfahrungsgruppe
Frankfurter und Berliner Spontis
Donnerstag 2o.oo - Thomasiusstr5,1-21
bei Dockuplan - 4.Stock Tel.3911744
++++

Männer-Gruppe
jeden Samstag 14.oo - vorläufig
1-61,Anhalterstr.7 - Vorderhaus 1.St
Tel. 2517o89
++++

Wohngruppe
Waldemarstr.33 III.Hinterhof
neuer Termin evtl. Sonntag 19.oo - sonst
nachfragen unter Tel.6141o4o
++++

Koordinationsgruppe
Diskusiom über diese Gruppe findet auf
dem nächsten Mittwochsplenum statt.
++++

NÄCHSTES MITTWOCHSPLENUM FINDET AM
DONNERSTAG,DEN 2.5.74 statt!!!! 19.3o SZ
++++

Schüler-Gruppe
Dienstags im Drugstore um 18.oo
Potsdamerstr.18o - II.Stock
++++

HAW-Männer-Gruppe
Offener Abend Donnerstag-Samstag ab 2o.o
1-3o,Dennewitzstr.33 -
ebenfalls HAW-Frauen-Gruppe Freitag-
Samstag ab 2o.oo
++++

Mediengruppe
(Fortsetzung von den Frankfurter - Medien
gruppe) - Jos Meyer,1-61,Yorckstr.43
Termin liegt noch nicht fest.

ZUSATZTERMINE

Frauen-Rock-Fete TU-(alte) Mensa am
11.5. NUR FÜR FRAUEN!!!!!
Zusatzfete im Drugstore (voraussichtlich)
am 11.5. NUR FÜR MÄNNER!!!!!
++++++

Rote Hilfe im psychischen Bereich
vorläufig: Hans Schmidt,1-62,Gustav-
Freitagstr.5 - Tel.782 5851
Termi telefonisch zu erfragen!
++++++

DER JUGENDKLUB MOABIT sucht zum 1. Juli eine ausgebildete Sozialarbeiterin. Kontakte tägl.: 15-22 Uhr: 392 83 81, sonst 861 35 41.

Feste zum 1.Mai

Spandau
Wie im letzten Jahr bei Kaffee und
Kuchen ab 14.oo - Spielplatz
Falkenhagenerstr./Ecke Askanierring
+++

Schöneberg
Belziger Str.4-6 ab 14.oo
+++

Kreuzberg
Segitz/Ecke Erkelenzdamm ab 14.oo
Veranstaltet von NKK (Neue Kreuzberger
Kindergruppe),TEK (Till Eulenspiegel
kette),Mieter-und Jugendgruppe der
Kohlfurterstr.
Weißbeckerhaus-Gelände gegenüber
+++

Moabit
Im Carl v.Ossietzky-Park auch ab 14.oo
Es gibt u.a.Informationsstände,Kleider-
tausch und 2 Beatbands.
+++

Wedding
Die Putte macht auch noch eins.
Im Humboldthain.

Neukölln
Am Richardplatz in den Grün-
anlagen!!

1.Mai-Fete
im Drugstore ab 19.oo,Potsdamerstr.18o
2.Stock
und im Sozialistischen-Schüler-und-Jung-
arbeiter-Zentrum (SJSZ),Belzigerstr.4-6
auf beiden Feten spielen Bands!!!
Welche?Wissen wir auch nicht
++++++

INFO - PRODUKTION

alle, die irgendwas exta für
das INFO schreiben (leserbriefe,
berichte), bitte tippt es gleich
druckreif: gegen tippfehler
hilft tipp-ex oder zeile noch
mal schreiben (wir schneiden
die falsche zeile dann raus),
knifft das blatt in der mitte,
dann habt ihr die richtige brei-
te und tippt mit dem kleinsten
zeilenabstamd.
wer aus irgendwelchen gründen
nicht tippen kann: bitte den
artikel so losschicken, daß er
freitags zum bürodienst im SZ
ist